

# Das Scheitern des „begrenzten Krieges“: Vietnamkrieg und Indochinakonflikt

Marc Frey

## 1. Kriegstypen

Die Chiffre „Vietnam“ steht für unterschiedliche Phänomene: für die faktische Niederlage der Vereinigten Staaten, für den Primat politischer Entscheidungen über militärische Expertise, für eine Kriegsberichterstattung, die weder vorher noch nachher derartige Freiheiten genoss, für Antikriegsstimmung und Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung, für gesellschaftlichen Protest in der westlichen Welt sowie für transatlantische Konflikte. Vor dem Hintergrund polyvalenter Bedeutungen von „Vietnam“ und angesichts der aktuellen Entwicklungen im Irak erscheint es sinnvoll, „Vietnam“ in historischer Perspektive zu betrachten. Dabei geht es mir zunächst um eine Typisierung des Krieges in Südostasien und in einem zweiten Schritt um eine Analyse der wesentlichen Konflikte. Drittens skizziere ich die Auswirkungen des Krieges auf die beteiligten Gesellschaften. Viertens frage ich nach der Wirkung des Vietnamkrieges auf die Vorstellung von Krieg im 20. Jahrhundert.

Der Vietnamkrieg ist in mehr als einer Hinsicht ein Konflikt der traurigen Superlative: Er war die längste militärische Auseinandersetzung des 20. Jahrhunderts. Mehrere Millionen Menschen fanden den Tod, darunter weit über zwei Millionen Vietnamesen, Hunderttausende von Kambodschanern, Laoten und Angehörige anderer in Indochina lebender Ethnien, 58.000 Amerikaner, rund 15.000 Franzosen, etwa 20.000 Nordafrikaner, Schwarzafrikaner und Angehörige der Fremdenlegion. Hinzu kommen Australier, Neuseeländer, Koreaner, Chinesen, Filipinos und Thailänder. Mehr als zwei Millionen Tonnen amerikanische Bomben fielen auf Laos, etwa 7,5 Millionen Tonnen auf Vietnam und Kambodscha – insgesamt ein Mehrfaches dessen, was an Sprengstoff im Zweiten Weltkrieg verbraucht wurde. Allein die nationale und ethnische Vielfalt der Opfer und Täter dieses Krieges verweist darauf, dass der Indochinakonflikt sich auf mehreren, miteinander verschränkten Ebenen vollzog.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Einführend siehe Marc Frey, *Geschichte des Vietnamkriegs*, 7. Aufl. München 2004; George C. Herring, *America's Longest War. The United States and Vietnam*, 3. Aufl. New York 1996; Gabriel Kolko, *Anatomy of a War: Vietnam, The United States, and the Modern Historical Experience*, 2. Aufl. New York 1994; Jacques Valette, *La Guerre d'Indochine 1945–1954*, Paris 1994; Marilyn B. Young, *The Vietnam Wars, 1945–1990*, New York 1991.



Vietnam um 1965

Auch die unterschiedlichen Benennungen deuten dies an: Während Europäer und Amerikaner den Konflikt „Vietnamkrieg“ nennen, wird er in Ost- und Südostasien als „der amerikanische Krieg in Vietnam“ bezeichnet. In Vietnam wiederum heißt er „der amerikanische Krieg“, in Abgrenzung zum „französischen Krieg“ (1946–1954). In Laos nennt man ihn ebenfalls den „amerikanischen Krieg“, wenn man nicht angesichts des Infernos, das die B-52-Flotten in weiten Teilen des Landes entfachten, auf alle Attribute verzichtet und einfach von „dem Krieg“ spricht. In Kambodscha wird differenziert zwischen dem „amerikanischen Krieg“ in Kambodscha und Vietnam einerseits und dem kambodschanischen Bürgerkrieg andererseits. Trotz seiner europäischen Genese scheint mir der überwölbende Begriff „Indochinakonflikt“ als Bezeichnung für die kriegerischen Auseinandersetzungen in Vietnam, Kambodscha und Laos der Geeignetste.

Verschieden sind auch die Konflikttypen: Der erste Indochinakonflikt (1945–1954) war, je nach südostasiatischer oder europäischer Perspektive, ein nationaler Befreiungskrieg oder ein Dekolonisierungskonflikt. Darin ähnelte er vergleichbaren Auseinandersetzungen etwa in Indonesien, wo sich ebenfalls eine nationale Befreiungsbewegung und eine Kolonialmacht gegenüberstanden. Zugleich handelte es sich – im Verständnis aller Beteiligten – um einen Revolutionskrieg, um eine klassen-, schichten- und regionalspezifische Auseinandersetzung zwischen Kommunisten, linken Intellektuellen, Nationalisten und Bauern einerseits sowie urbanen, antikommunistischen Nationalisten, der traditionellen Führungselite und den von ihnen rekrutierten Bauern andererseits.<sup>2</sup> Daran schloss sich ein Bürgerkrieg im 1954 geteilten Vietnam an. Zum einen handelte es sich dabei um einen Bürgerkrieg innerhalb Südvietnams, dessen Dynamik in erheblichem Maße aus einem Konflikt zwischen Stadt und Land herrührte und der durch konkurrierende Ideologien aufgeheizt wurde. Zum anderen war es ein Bürgerkrieg zwischen den beiden Landesteilen Nord- und Südvietnam. Während der Norden eine unmittelbare Beteiligung bis 1964 öffentlich leugnete (aber seit 1959 aktiv beteiligt war) und den Konflikt dezidiert als Bürgerkrieg bezeichnete, verstand das Regime in Südvietnam den Konflikt als zwischenstaatlichen Krieg, bei dem der nördliche Landesteil als Aggressor auftrat. Dieser Bürgerkrieg ging im Mai 1975 mit dem vollständigen Sieg des Nordens und der Wiedervereinigung Vietnams zu Ende.

Insbesondere das Engagement der Vereinigten Staaten und Chinas machte den Konflikt zu einem Schlachtfeld des Kalten Krieges, zu einem Stellvertreterkrieg im Rahmen der Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West, zwischen kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaften. Unmittelbar griffen die Vereinigten Staaten seit 1954 in den Konflikt ein, indem sie den südlichen Teil Vietnams militärisch und wirtschaftlich unterstützten. Die Be-

---

<sup>2</sup> Vo Nguyen Giap, *Unforgettable Days*, 3. Aufl. Hanoi 1994.

reitstellung von Know-how und der Transfer von Ressourcen genügten jedoch nicht, um den südvietnamesischen Staat und seine Gesellschaft zu stabilisieren. So kam es bis 1965 zu einer schrittweisen, mit einem personellen Aufbau verbundenen Intensivierung des amerikanischen Engagements. Der Rückzug nach sieben Jahren des amerikanischen Luft- und Bodenkrieges (1965–1973) war eine Kombination von militärischem Patt und innenpolitischen Faktoren. Er reflektierte auch die späte Anerkennung der Tatsache, dass das internationale System im Kalten Krieg nicht bipolar, sondern multipolar konfiguriert war. Mit der Aufnahme amerikanischer Beziehungen zu China, der amerikanisch-sowjetischen Détente und der Fortdauer der chinesisch-sowjetischen Konkurrenz verlor Vietnam seine Bedeutung als Schlachtfeld des Kalten Krieges.<sup>3</sup>

Die Debatte um das Problem des „neuen Krieges“ hat ein entscheidendes Phänomen von Kriegserfahrung in den Hintergrund gerückt – dass es nämlich den „konventionellen Krieg“ im Grunde nicht gibt. Denn wenn „konventionell“ zunächst einmal das „Bekannte“ meint, dann war die wesentliche Kriegserfahrung im 20. Jahrhundert das Unbekannte. So erwartete niemand im Jahre 1914, dass der Erste Weltkrieg vor allem ein bewegungsarmer und verlustreicher Stellungskrieg werden würde. Der Zweite Weltkrieg nahm neben dem erwarteten technisierten Bewegungskrieg viele andere Formen an: Bürgerkriege, Kriege von Staaten gegen Zivilbevölkerungen, Rassenkriege, Terrorismus in individueller und kollektiver Form, Vernichtungskriege. Die Indochinakonflikte verliefen wiederum überraschend: Westliche, hochtechnisierte Armeen kämpften gegen weniger technisierte, aber darum nicht minder effektive vietnamesische Armeen, die wie die westlichen Pendanten in Einheiten bis zur Divisionsstärke gegliedert waren; weiße „Piraten“ und „Teufel“ kämpften in einem Rassenkrieg gegen „gooks“ (pejorative Bezeichnung für Vietnamesen); Frauen kämpften gegen Männer; große amerikanische Verbände suchten Entscheidungsschlachten, denen der Gegner systematisch auswich; kleine Einheiten, ob Vietnamesen, Franzosen oder Amerikaner, verübten Anschläge oder Terrorakte gegen Basen und Zivilbevölkerungen; und in der Endphase des Konflikts kämpften vorwiegend technisierte große Einheiten gegeneinander.

## 2. Grundkonflikte und Dimensionen des Krieges

Die verschiedenen Konfliktformen – Bürgerkrieg, nationaler Befreiungskrieg bzw. Dekolonisierungskonflikt, Revolutionskrieg, Stellvertreterkrieg – erfordern eine mehrdimensionale Analyse. Dabei bieten sich die von der Kolonia-

---

<sup>3</sup> Gordon H. Chang, *Friends and Enemies. The United States, China, and the Soviet Union, 1948–1972*, Stanford 1990, S. 253–284; Ezra F. Vogel/Yuan Ming/Tanaka Akihiko (Hg.), *The Golden Age of the U.S.-China-Japan Triangle, 1972–1989*, Cambridge, Mass. 2002.

lismus- und Dekolonisierungsforschung vorgeschlagenen Kategorien an: die lokale, metropolitane und internationale Ebene.<sup>4</sup>

Zweifellos erschütterten die japanische Oberherrschaft über das französische Kolonialreich in Indochina und der Zusammenbruch der Kolonialreiche in ganz Südostasien während des Zweiten Weltkrieges den Mythos europäischer und „weißer“ Überlegenheit.<sup>5</sup> Die den Kolonialismus legitimierenden Zivilisationsmissionen, die mit hierarchisierten Konzepten kultureller und technologischer Entwicklungen operierten, erwiesen sich als kurzlebige Konstrukte ohne Bindungskraft.<sup>6</sup> Politische Partizipation, demokratische Strukturen, Zugang zu Bildung, funktionierende Gesundheitssysteme, meritokratische Verfahren in Verwaltung, Unternehmen, Armee und anderen Institutionen sowie eine marktwirtschaftliche Ordnung, die einen Ausgleich zwischen den Interessen des Einzelnen und der Gemeinschaft sicherte, waren in Vietnam und den anderen Territorien der Region – mit der partiellen Ausnahme der unter amerikanischer Herrschaft stehenden Philippinen – nicht oder nur im Ansatz vorhanden.<sup>7</sup> Die Kluft zwischen den Versprechungen der französischen Aufklärung und den Realitäten der Kolonialherrschaft hatte schon am Beginn des 20. Jahrhunderts zum Entstehen einer kleinen, von Intellektuellen getragenen nationalistischen Bewegung geführt. Vergleichbare Entwicklungen vollzogen sich auch in Indonesien; dort allerdings war der Islam als einigendes Normen- und Regelwerk für die Entstehung eines nationalistischen Bewusstseins im Vielvölkerreich verantwortlich.<sup>8</sup> Im Unterschied zu Indonesien und den übrigen Territorien Südostasiens rekurrten vietnamesische Nationalisten aber nicht nur auf die Diskrepanz von Anspruch und Wirklichkeit der Kolonialherrschaft oder auf religiöse Bindungen. Sie konnten an eine jahrhundertelange Tradition „geglauelter Gemeinschaft“ anknüpfen, die sich seit dem 10. Jahrhundert in der Auseinandersetzung mit China, durch eine gemeinsame Sprache, eine säkulare Literatur, die Interaktion von Eliten und durch großräumige Herrschaft über eine ethnisch relativ homogene Bevölke-

<sup>4</sup> Jürgen Osterhammel, Spätkolonialismus und Dekolonisierung, in: *Neue Politische Literatur* 37 (1992), S. 404-426.

<sup>5</sup> Nicholas Tarling, *A Sudden Rampage. The Japanese Occupation of Southeast Asia 1941–1945*, Honolulu 2001.

<sup>6</sup> Rudolf von Albertini, *Europäische Kolonialherrschaft 1880–1940*, Zürich 1976, S. 159-183; Dieter Brötzel, Imperialist Domination in Vietnam and Cambodia: A Long-Term View, in: Wolfgang J. Mommsen/Jürgen Osterhammel (Hg.), *Imperialism and After. Continuities and Discontinuities*, London 1986, S. 167-187; Nicola J. Cooper, *France in Indochina. Colonial Encounters*, Oxford 2001.

<sup>7</sup> Robin Jeffrey (Hg.), *Asia. The Winning of Independence. The Philippines, India, Indonesia, Vietnam, Malaya*, London 1981.

<sup>8</sup> Bernhard Dahm, Nationalism and Cultural Identity in Southeast Asia, in: Franz Knipping/Piyanart Bunnag/Vimolvan Phatharodom (Hg.), *Europe and Southeast Asia in the Contemporary World: Mutual Influences and Comparisons*, Baden-Baden 1999, S. 91-102.

rung entwickelt hatte. Der vietnamesische Nationalismus war somit kein von außen, von Frankreich, übernommenes Konzept, sondern eine autochthone Kraft.<sup>9</sup>

Zwei Faktoren verliehen diesem vietnamesischen Nationalismus Dynamik und Breitenwirkung. Zum einen war es der Kommunismus mit seiner fundamentalen Kapitalismuskritik, seinen strukturellen Gemeinsamkeiten mit konfuzianischen Vorstellungen über die Einordnung des Individuums in die Gemeinschaft und seinen effizienten Organisationsformen. Zum anderen war es die destruktive Kraft des französischen Kolonialkapitalismus, der ein für Südostasien beispielloses System von Zwangsarbeit und bäuerlicher Ausbeutung geschaffen hatte.<sup>10</sup> So war es bereits in den 1930er-Jahren mehrfach zu großen Aufständen unter Beteiligung von Nationalisten und Kommunisten gekommen, die nur mit äußerster Brutalität und unter Einsatz des Militärs niedergeschlagen werden konnten.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges nutzten nationalistische Bewegungen in weiten Teilen Südostasiens die Kapitulation der japanischen Truppen und das in einigen Territorien herrschende Machtvakuum, um ihre Interessen durchzusetzen.<sup>11</sup> In Malaya fanden die noch sehr schmale nationalistische Basis und die zurückkehrende Kolonialmacht kooperative Formen der Konfliktlösung, in Burma war der Weg zur Unabhängigkeit bereits seit 1935 vorgezeichnet, und auch hier gelang der nationalistischen Bewegung um Aung San ein Ausgleich mit den kompromissbereiten Briten. Auf den Philippinen vollzog sich der Machttransfer nach einem 1934 entworfenen Fahrplan, und in Indonesien wurde Staatsgründer Sukarno im August 1945 von *pemudas*, Mitgliedern militanter Jugendverbände, genötigt, die Unabhängigkeitserklärung zu verkünden. Anders Vietnam: Dort konnte die während des Krieges formierte Volksfrontbewegung, die „Viet Nam Doc Lap Dong Minh Hoi“ (Liga für die Unabhängigkeit Vietnams, kurz Viet Minh) binnen weniger Tage weite Teile der Bevölkerung mobilisieren. Darüber hinaus verfügten die Viet Minh über eine charismatische Person, die die Forderung nach nationaler und sozioökonomischer Unabhängigkeit artikulieren und kommunizieren konnte: Nguyen Ai Quoc, besser bekannt unter seinem Pseudonym Ho Chi Minh.<sup>12</sup>

Damit ist nicht gesagt, dass Frankreichs Bemühungen um Rekolonisierung Indochinas von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen wären. Denn im

<sup>9</sup> David Marr, *Vietnamese Anticolonialism 1885–1925*, Berkeley 1975; ders., *Vietnamese Tradition on Trial, 1920–1945*, Berkeley 1981; ders., *Vietnam 1945: The Quest for Power*, Berkeley 1995.

<sup>10</sup> Martin J. Murrey, *The Development of Capitalism in Colonial Indochina, 1870–1940*, Berkeley 1980.

<sup>11</sup> Stein Tonnesson, Filling the Power Vacuum: 1945 in French Indochina, the Netherlands East Indies and British Malaya, in: Hans Antlöv/Stein Tonnesson (Hg.), *Imperial Policy and Southeast Asian Nationalism 1930–1957*, Richmond 1995, S. 110–143.

<sup>12</sup> William J. Duiker, *Ho Chi Minh. A Life*, New York 2000; Daniel Hémerly, *Ho Chi Minh: De l'Indochine au Vietnam*, Paris 1999.

Unterschied zu den Niederlanden verfügte Frankreich von Beginn des Indochinakrieges an über erhebliche materielle und personelle Ressourcen, technologische Überlegenheit und solidarische Partner. Ähnlich wie in den Niederlanden einte die politischen Eliten von links bis rechts die Vorstellung, dass die Vietnamesen (noch) nicht in der Lage seien, sich selbst zu regieren – und dass Frankreich auf die Kolonien nicht verzichten konnte, wollte es in Zukunft eine weltpolitische Rolle spielen.

Frankreichs Aggression in Vietnam war von einer Reihe innenpolitischer, militärischer und strategischer Merkmale geprägt, die den Konflikt mit fortschreitender Dauer zu einem verlustreichen Abnutzungskrieg ohne Aussicht auf militärischen Sieg machten. Die Politik in Paris befasste sich mit anderen Fragen und ermöglichte es einer kleinen Gruppe von Kolonialbeamten und anderen Personen um Georges Bidault (der führende Politiker des „Mouvement Républicain Populaire“ und Minister in mehreren Kabinetten der vierten Republik), einen kompromisslosen Kurs zu verfolgen, der jede Verständigung mit dem Gegner torpedierte. Nach 1948 war die französische Öffentlichkeit des *sale guerre* müde; Wiederaufbau, deutsche Frage und Kalter Krieg in Europa dominierten die Diskussion in Medien und Öffentlichkeit. Die Militärs in Vietnam beklagten die mangelnde Unterstützung durch die Heimat. Sie verlangten Truppen und Ausrüstung in einem Umfang, dem Frankreich nach Krieg und Besatzung nicht entsprechen konnte. Taktisch blieben die französischen Truppen zwar in der Offensive, da sie sich der Guerillakriegsführung der Viet Minh anzupassen wussten. Strategisch aber gerieten sie in die Defensive, was auf die Preisgabe ländlicher Regionen zugunsten der Sicherung der Städte hinauslief. Die Suche nach kooperationsbereiten Partnern blieb erfolglos, weil die Kolonialverwaltung nicht zu Konzessionen bereit war. Denn auch die von Frankreich eingesetzte vietnamesische Regierung unter Ex-Kaiser Bao Dai verlangte eine weitgehende Autonomie, eine verbindliche Aufgabenteilung und die Souveränität Vietnams nach einer möglichst kurzen Übergangsphase.<sup>13</sup>

Die Transformation des Konflikts von einem regionalen Befreiungs- beziehungsweise Dekolonisierungskrieg in einen internationalen Konflikt, der Züge eines Stellvertreterkrieges annahm, erfolgte im Frühjahr 1950, als sich die Kontrahenten der Unterstützung auswärtiger Akteure versichern konnten. Alarmiert durch den Sieg der Kommunisten in China, unterstützte die amerikanische Regierung unter Präsident Harry S. Truman seit März 1950 die Fran-

<sup>13</sup> Jacques Dalloz, Georges Bidault: De L'Europe Communautaire à L'Algérie Française, in: *Historiens et Géographes* 89 (1998), S. 271-282; Bruce Lockhart, Monarchy and Decolonization in Indochina, in: Marc Frey/Ronald W. Pruessen/Tan Tai Yong (Hg.), *The Transformation of South-east Asia. International Perspectives on Decolonization*, London 2003, S. 52-71; Alain Ruscio, *La Guerre Française d'Indochine*, Paris 1992, S. 65ff.; Hugues Tertrais, *La piastre et le fusil. Le coût de la guerre d'Indochine 1945-1954*, Paris 2002, S. 25-174.

zosen.<sup>14</sup> Wenige Monate später vertrieben die Viet Minh die französischen Truppen aus dem Grenzgebiet zu China. Während bis dahin die geringe externe Unterstützung auf verschlungenen Pfaden über die südostasiatischen Netzwerke der Viet Minh nach Vietnam gelangt war, konnten nun chinesische Ressourcen ungehindert nach Nordvietnam fließen. Für Peking und Washington besaß der Konflikt die klare Logik des Kalten Krieges: Die Viet Minh schwächten den Kapitalismus an einer empfindlichen Stelle, während aus Sicht der Vereinigten Staaten der wichtigste kontinentaleuropäische Verbündete an vorderster Front der globalen Auseinandersetzung mit dem vermeintlich monolithischen kommunistischen Block kämpfte, einem Block, der von der Mitte Deutschlands bis an die Peripherien Asiens reichte.

Es wäre jedoch verfehlt, den Indochinakrieg von dieser Phase zunehmender Militarisierung und Brutalisierung an ausschließlich als Stellvertreterkrieg des bipolaren Systems des Kalten Krieges zu bezeichnen. Denn weder handelte es sich um Klientelakteure, die sich extern steuern ließen, noch war das internationale System, in dem die Handelnden agierten, bipolar konfiguriert. Die Viet Minh, ein Volksfrontbündnis mit mehrheitlich nicht-kommunistischer Beteiligung unter Führung der kommunistischen Partei, kämpften für die Unabhängigkeit Vietnams, nicht aber für die Ausbreitung des Kommunismus in Südostasien und schon gar nicht für die Weltrevolution.<sup>15</sup> Das hinderte die vietnamesischen Kommunisten zwar nicht an einer engen Kooperation mit lateinischen und kambodschanischen Kommunisten. Diese verfolgten jedoch eigene, national definierte Ziele. Zweifellos war die chinesische Unterstützung von enormer Bedeutung für die Viet Minh.<sup>16</sup> Während jedoch für die Viet Minh die nationale Frage entscheidend war, ging es China seit Beginn des Korea-Krieges im Juni 1950 um präventives *Containment*, also darum, ein amerikanisches Engagement in Vietnam zu verhindern. Regionale Faktoren und die globale Systemauseinandersetzung führten zwar zu zeitweilig kongruenten Interessen. Spätestens nach dem Sieg der Viet Minh im Mai 1954 wurde aber deutlich, dass die kommunistischen Partner je eigene Ziele verfolgten und entsprechend andere Wege gingen.

Die französisch-amerikanische Kooperation war schon von Beginn an durch divergente Zielvorstellungen gekennzeichnet. Zwar gelang es der französischen Politik, den Kolonialkrieg in Washington als einen Stellvertreterkonflikt erscheinen zu lassen. Das war bitter nötig, denn schon 1950 reichten die eigenen Ressourcen nicht mehr zur Führung des Krieges aus. Der amerikanische Anteil an den Kriegskosten stieg 1952 auf 40 Prozent und 1954 auf 80 Pro-

---

<sup>14</sup> Mark Atwood Lawrence, *Transnational Coalition-Building and the Making of the Cold War in Indochina, 1947–1949*, in: *Diplomatic History* 26 (2002), S. 453–480.

<sup>15</sup> William J. Duiker, *Sacred War. Nationalism and Revolution in a Divided Vietnam*, New York 1995, S. 76.

<sup>16</sup> Qiang Zhai, *China and the Vietnam Wars, 1950–1975*, Chapel Hill 2000, S. 45.

zent. Doch daran knüpfte Washington Bedingungen: Zum einen verlangte es eine entschlossene, offensive Kriegführung; zum anderen erwartete es die Übertragung der Souveränität an ein nichtkommunistisches, nationalistisches vietnamesisches Regime.

Präsident Lyndon B. Johnson, nach 1965 um Zustimmung für seine Vietnampolitik werbend, fragte einmal während einer Rede sein Publikum, seit wann sich die Vereinigten Staaten in Vietnam engagierten. Und natürlich lieferte er selbst die Antwort: „Sie [d.h. die Amerikaner] sind schon seit langem dort.“<sup>17</sup> Damit hatte der Präsident, der im Februar 1965 die Operation „Rolling Thunder“ – die Luftoffensive über Nordvietnam – anordnete und nach Juli 1965 Hunderttausende junger Männer an die unsichtbaren und allgegenwärtigen Fronten in Südvietnam schickte, nicht Unrecht. Denn die entscheidenden Voraussetzungen wurden 1954 geschaffen, als sich die Eisenhower-Administration im Zusammenhang mit dem Teilungsbeschluss der Genfer Indochinakonferenz entschloss, ein südvietnamesisches Klientel-Regime vorbehaltlos zu unterstützen. Zwar wollten die Vereinigten Staaten durch das Experiment in Südvietnam ein militärisches Eingreifen verhindern. Doch in den von Pentagon, State Department und Nationalem Sicherheitsrat entwickelten Krisenszenarien war schon zu diesem Zeitpunkt Krieg die *ultima ratio*.<sup>18</sup>

Der materielle und immaterielle Ressourcentransfer der Eisenhower-Administration an das südvietnamesische Regime unter Ngo Dinh Diem war erheblich – über 500 Millionen Dollar Militärhilfe, über 1,5 Milliarden Dollar Wirtschaftshilfe und die Anwesenheit hunderter ziviler und militärischer Berater bis 1961. Die Ziele waren hochgesteckt: die Stabilisierung eines nichtkommunistischen Regimes, die Verhinderung einer kommunistischen Machtübernahme in ganz Vietnam, die Transformation einer „zurückgebliebenen“ (backward) in eine „moderne“ Gesellschaft und der umfassende Austausch des französischen Einflusses durch amerikanischen. Letzteres gelang recht kurzfristig. Bereits im ersten Jahr des amerikanischen Experiments berichtete der französische Botschafter in Saigon, Henri Hoppenot, von „systematischer Verdrängung“, und wenige Monate später konstatierte er, die „pénétration Américaine“ habe wie eine „Straßenwalze“ das koloniale Erbe Frankreichs in Vietnam zermalmt.<sup>19</sup> Erfolglos gestaltete sich jedoch die Steuerung des Klientelsystems. Amerikanische Vorstellungen von Landreform, liberalem Markt, demokratischer Ordnung, Gewaltenteilung und zentralisierten Sicherheitsorganen sollten – eingedenk der Erfahrungen in Westdeutschland, Japan, Südkorea

<sup>17</sup> Das Zitat konnte ich leider nicht genau datieren. Es stammt aus dem Dokumentarfilm „In the Year of the Pig“ (1968) von Emilio de Antonio.

<sup>18</sup> Robert Buzzanco, *Masters of War. Military Dissent & Politics in the Vietnam Era*, Cambridge 1996, S. 55-80.

<sup>19</sup> Hoppenot an Außenminister Christian Pinot, 17.10.1955 und undatiert [Mitte 1956], Ministère des Affaires Étrangères, Paris, Amérique 1952–1963, L'Etats-Unis, Box 416.

und Taiwan – einen umfassenden Transformationsprozess auslösen. Dort allerdings hatte die Besatzungspolitik an bereits vorhandene Institutionen, Strukturen und Vorstellungen anknüpfen können. Vietnam war anders. Hier versuchte ein Regime, mit autoritären und repressiven Mitteln die Bevölkerung des vietnamesischen Teilstaates durch eine fremde, nicht anschlussfähige politische Utopie in eine „imagined community“ zu zwingen. Binnen weniger Jahre brachte das Regime fast alle maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppen gegeneinander auf. Auch die Beziehungen zu Amerikanern vor Ort und zur Zentrale in Washington verschlechterten sich zusehends.<sup>20</sup>

Die Kennedy-Administration hielt an der von der Eisenhower-Administration entwickelten „Domino-Theorie“, der zufolge der Sieg des Kommunismus in einem Land notwendigerweise zum Erfolg in anderen Ländern führen werde, ebenso fest wie an der Vorstellung eines vom monolithischen Kommunismus entwickelten Masterplans zur Eroberung Südostasiens. Unter diesen Umständen war nicht daran zu denken, in Südvietnam Reformen zu erzwingen. Damit unterschieden sich die strategischen Parameter, mit denen die neue Administration operierte, trotz ihrer Betonung des Anti-Guerilla-Kriegs (counterinsurgency) strukturell nicht von denen der Eisenhower-Administration. Im Gegenteil: Die akute Bedrohung des südvietnamesischen Klientelstaates erforderte nach Ansicht der Entscheidungsträger ein noch entschlosseneres Engagement in Südostasien. Die Folge war eine massive Ausweitung der militärischen Beratungstätigkeit, und zwar von 800 Mann im Januar 1961 auf 16.000 im November 1963.<sup>21</sup>

Bis heute diskutieren Forschung und Medien die Frage, ob Kennedy über die Militärberater hinaus die Entsendung regulärer Bodentruppen autorisiert hätte.<sup>22</sup> Meiner Einschätzung nach hätte er sich dafür entschieden – ähnlich wie sein Vizepräsident und Nachfolger Johnson. Und zwar nicht nur deshalb, weil in den letzten Tagen der Administration seine *Assistant Secretaries of State* einem Putsch gegen Diem grünes Licht gaben, der eine „parasitäre Elite“ an die Macht brachte, deren Schlüsselfiguren in den expandierenden Heroinhandel involviert waren, über keine politischen Visionen verfügten und es gewöhnt waren, im Fall von Komplikationen um amerikanische Unterstützung zu bitten.<sup>23</sup> Den Putsch und die damit verbundene wachsende amerikanische

<sup>20</sup> Philip E. Catton, *Diem's Final Failure. Prelude to America's War in Vietnam*, Lawrence 2002, S. 25.

<sup>21</sup> Zur Kennedy-Administration und Vietnam siehe Lawrence J. Bassett/Stephen E. Pelz, *The Failed Search for Victory: Vietnam and Politics of War*, in: Thomas G. Paterson (Hg.), *Kennedy's Quest for Victory. American Foreign Policy, 1961–1963*, New York 1989, S. 223–252; Noam Chomsky, *Rethinking Camelot: JFK, the Vietnam War, and U.S. Political Culture*, London 1993.

<sup>22</sup> Die Diskussion wurde vor allem durch Oliver Stones Spielfilm „JFK“ angeregt. Siehe auch John Newman, *JFK and Vietnam: Deception, Intrigue, and the Struggle for Power*, New York 1992, und Robert S. McNamara, *In Retrospect. The Tragedy and Lessons of Vietnam*, New York 1995, S. 89–126.

Verantwortung für Südvietnam gilt es vielmehr auch im Kontext langfristiger Entwicklungen und ideologischer Grundannahmen zu deuten. Dabei spielen insbesondere die personelle Kontinuität der Entscheidungsträger, dominante Weltbilder und Strategien der Kriegführung eine Rolle.

Die mittleren Ebenen von State Department und Pentagon waren in den 1950er- und 1960er-Jahren durch einen relativ hohen Grad an personeller Kontinuität gekennzeichnet. Diese korrespondierte mit einer bemerkenswerten Kohärenz der Weltbilder.<sup>24</sup> Die Vorstellung einer globalen, zentral gesteuerten kommunistischen Bedrohung, die Dominotheorie, die Verpflichtung, amerikanische Glaubwürdigkeit gegenüber Freunden, Feinden und Neutralen beweisen zu müssen – diese Weltbilder drückten sich in der für Außenstehende nur bedingt nachvollziehbaren Einschätzung McGeorge Bundys (Johnsons erstem Sicherheitsberater) aus, Berlin werde in Saigon verteidigt. Doch dahinter verbarg sich mehr: eine zivilisierende Mission, die seit den Tagen von Theodore Roosevelt und Woodrow Wilson die amerikanische Außenpolitik geprägt hatte. In den 1950er- und 1960er-Jahren fand sie in Gestalt der „Modernisierungstheorie“ eine wissenschaftliche Legitimation. Ihrer Entfaltung in den Schriften der Sozialwissenschaftler Gabriel Almond, Daniel Lerner, Lycien Pye, Samuel Huntington und vor allem Walt Rostow gingen Selbst- und Fremdwahrnehmungen voraus, die sich im Zuge der „Entdeckung der Dritten Welt“ durch amerikanische Entscheidungsträger Ende der 1940er-Jahre zu handlungsleitenden Doktrinen verdichtet hatten. Die Modernisierungstheorie postulierte ein lineares Modell wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Entwicklung für die Länder der „Dritten Welt“, das sich am Standard Amerika als der universalen Norm orientierte.<sup>25</sup> Sie operierte mit hierarchisierten Vorstellungen über außerwestliche Kulturen und Menschen. Nach Ansicht ihrer Vertreter hatte der Kolonialismus europäischer Prägung kläglich dabei versagt, die Transformation außerwestlicher Gesellschaften in Bewegung zu setzen. Da der Kommunismus ein konkurrierendes, im Grunde auf ähnlichen Parametern beruhendes Entwicklungsmodell versprach, war es nun Amerikas Aufgabe und Verantwortung vor der Geschichte, kapitalistisch-demokratische Normen und Werte zu exportieren, um den „American way of

<sup>23</sup> Das Zitat entnehme ich Dietmar Rothermund, *Delhi, 15. August 1947. Das Ende kolonialer Herrschaft*, München 1998, S. 240, der damit afrikanische Eliten meint, insbesondere Militärmacht-haber.

<sup>24</sup> Einführend: Michael Hunt, *Ideology and U.S. Foreign Policy*, Ithaca 1987, S. 125-198; Robert Latham, *The Liberal Moment. Modernity, Security, and the Making of Postwar International Order*, New York 1997, S. 11-41; Frank Ninkovich, *Modernity and Power. A History of the Domino Theory in the Twentieth Century*, Chicago 1994, S. 133-311.

<sup>25</sup> Frederick Cooper/Randall Packard (Hg.), *International Development and the Social Sciences: Essays on the History and Politics of Knowledge*, Berkeley 1997; Nils Gilman, *Mandarins of the Future. Modernization Theory in Cold War America*, Baltimore 2004; Michael Latham, *Modernization as Ideology. American Social Science and „Nation Building“ in the Kennedy Era*, Chapel Hill 2000.

life“ und den Frieden in der Welt zu sichern. Dabei gingen die Modernisierungstheoretiker und Politiker der späten 1950er- und 1960er-Jahre davon aus, dass autoritäre Regime und vor allem Militärs in der „Dritten Welt“ in schwierigen Transitionsphasen am besten befähigt seien, die Adaption amerikanischer Normen und Werte gesellschaftlich zu verankern. Diese Militärs standen für Ordnung und Sicherheit – die essenziellen Voraussetzungen für die Kanalisierung der „revolution of rising expectations“, die die Dritte Welt nach Ansicht amerikanischer Entscheidungsträger in ihren Grundfesten erschütterte.<sup>26</sup>

In Anerkennung der Tatsache, dass nach der Teilung Europas die heißen Kriege des Kalten Krieges in der „Dritten Welt“ ausgetragen wurden, entwickelten Strategen in den späten 1950er-Jahren die Doktrin des „begrenzten Krieges“. Mit dem Übergang von der Strategie der „massive retaliation“ zur „flexible response“ unter Verteidigungsminister Robert Strange McNamara wurden die technischen, organisatorischen und operativen Voraussetzungen zur Führung „begrenzter Kriege“ in der Dritten Welt geschaffen. Im Vietnamkrieg kämpften „Modernisierungstheoretiker“ und Adepten des „begrenzten Krieges“ Seite an Seite. Es ging nicht darum, wie es Luftwaffengeneral Curtis LeMay im Sommer 1964 forderte, Nordvietnam „in die Steinzeit zurückzubomben“.<sup>27</sup> Das eigentliche Ziel war es, Südvietnams Weg in die amerikanisch definierte Moderne freizusprenge. „Search and Destroy“-Operationen, chemische Kriegführung, Bombenterror: Verzweifelt suchten die Verantwortlichen – wie Henry Kissinger es ausdrückte – nach der „Sollbruchstelle“ Nordvietnams und der Kommunisten im Süden.<sup>28</sup> Kaum eine Äußerung charakterisiert die amerikanischen Kriegsanstrengungen besser als der Kommentar eines befehlshabenden Offiziers während der Tet-Offensive 1968: „Wir mussten Ben Tre zerstören, um die Stadt zu retten.“<sup>29</sup>

Der Erfolg der Nationalen Befreiungsbewegung (der 1961 als südliches Volksfrontbündnis gegründeten Nachfolgeorganisation der Viet Minh) und Nordvietnams, das seit Januar 1964 reguläre Truppen in den Süden schickte, geht auf drei Faktoren zurück: die mangelnde Akzeptanz der parasitären (Militär-)Elite Saigons durch die bäuerliche Bevölkerung Südvietnams; die Fähigkeit der Kommunisten, große Teile der ländlichen Bevölkerung im Süden sowie die nordvietnamesische Gesellschaft für den Krieg zu mobilisieren; und die externe Unterstützung durch China und die Sowjetunion, deren ideologi-

<sup>26</sup> Richard J. Barnet, *Intervention and Revolution. America's Confrontation with Insurgent Movements Around the World*, Cleveland 1968; Thomas Borstelmann, *The Cold War and the Color Line. American Race Relations in the Global Arena*, Cambridge, Mass. 2001, S. 135-265; Peter L. Hahn/Mary Ann Heiss (Hg.), *Empire and Revolution. The United States and the Third World Since 1945*, Columbus 2001; Zachary Karabell, *Architects of Intervention. The United States, the Third World, and the Cold War 1946–1962*, Baton Rouge 1999, S. 50-228.

<sup>27</sup> Zitiert nach William C. Berman, *William Fulbright and the Vietnam War*, Kent 1988, S. 156.

<sup>28</sup> Seymour Hersh, *The Price of Power: Kissinger in the Nixon White House*, New York 1983, S. 126.

<sup>29</sup> Michael Herr, *Dispatches*, London 1978, S. 63.

sche und machtpolitische Konkurrenz die nordvietnamesische Führung geschickt zur Erweiterung ihrer Gestaltungsräume nutzte.<sup>30</sup>

Bis Mitte der 1960er-Jahre wurde Nordvietnam vor allem von China unterstützt. Mao Zedong betrachtete den Krieg in Vietnam als Teil eines regionalen und globalen anti-imperialistischen Kampfes gegen die Vereinigten Staaten, die in Japan, Südkorea, Taiwan und nun auch in Südvietnam Strukturen schufen, die für ihn strukturell mit Formen kolonialer Herrschaft vergleichbar waren. Auch wenn die chinesische Führung in den späten 1950er-Jahren Hanoi immer wieder zu Vorsicht und Zurückhaltung bei der Auseinandersetzung mit dem Süden ermahnte, war ihr an einer Bindung amerikanischer Kräfte in Vietnam gelegen. Denn der Krieg lenkte vom eigentlichen Ziel der anti-imperialistischen Revolution in Südostasien ab: der kommunistischen Machtübernahme in Indonesien, dem ressourcenreichsten Land der Region. Die regionale Bedeutung des Indochinakonflikts stieg im Sommer 1965 rapide an, als in Indonesien ein kommunistischer Aufstand von General Suharto blutig niedergeschlagen wurde und Jakarta auf einen pro-westlichen Kurs einzuschwenken begann. Angesichts der ideologischen und machtpolitischen Konkurrenz mit China war die neue sowjetische Führung um Leonid Breschnew nun zu einer erheblichen Ausweitung der Kooperation mit Nordvietnam bereit.

Moskau lieferte bis 1975 modernste Waffentechnologie im Wert von fünf Milliarden Dollar und nutzte damit, ähnlich wie die Amerikaner dies beispielsweise bei der Entwicklung so genannter *smart bombs* taten, Vietnam als militärisches Labor zur Erprobung von Flugzeugen, Panzern und Lenkwaffen. Politischen Einfluss erlangte die Sowjetunion aber nicht. Während Moskau Vietnam als Faustpfand im Kalten Krieg nutzen wollte, um analog zur Genfer Indochinakonferenz mit Angeboten an den Westen anderweitige Interessen durchzusetzen (so 1954 die Verhinderung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft), behandelte Hanoi die sowjetische Forderung nach einem Kompromiss mit den Vereinigten Staaten bestenfalls dilatorisch. Ernsthaft verhandeln wollte Hanoi zu seinen Bedingungen und erst 1972, als klar war, dass sich die Vereinigten Staaten über kurz oder lang aus Vietnam zurückziehen würden. Allerdings stand nun auch Nordvietnam unter Druck, denn Nixon und Kissinger machten sich die Tatsache zunutze, dass das internationale System eben nicht bipolar, sondern polyzentrisch konfiguriert war. Die Anknüpfung von Beziehungen zu China bei gleichzeitiger Intensivierung der sowjetisch-

<sup>30</sup> Ang Cheng Guan, *The Vietnam War from the Other Side. The Vietnamese Communists' Perspective*, London 2002; Ilya V. Gaiduk, *Confronting Vietnam. Soviet Policy toward the Indochina Conflict, 1954–1963*, Washington 2003; ders., *The Soviet Union and the Vietnam War*, Chicago 1996; Eva-Maria Stolberg, *People's Warfare Versus Peaceful Coexistence. Vietnam and the Sino-Soviet Struggle for Ideological Supremacy*, in: Andreas W. Daum/Lloyd C. Gardner/Wilfried Mausbach (Hg.), *America, the Vietnam War, and the World. Comparative and International Perspectives*, New York 2003, S. 237–258.

amerikanischen Beziehungen rückte Vietnam nicht nur aus amerikanischer, sondern auch aus sowjetischer und chinesischer Sicht in eine strategische Randlage.

### 3. Krieg und Gesellschaft

Für die totale Mobilisierung der nordvietnamesischen Bevölkerung wurden bereits in den 1950er-Jahren die Voraussetzungen geschaffen. Im Interesse der nationalen und sozialen Revolution wurde die Landwirtschaft bis 1960 sukzessive verstaatlicht, die Gesellschaft in kommunistischen Massenbewegungen organisiert. Ab 1966 wurden schließlich alle jungen Männer im Alter von 18 bis 25 Jahren zum Wehrdienst eingezogen. Verweigerung war praktisch unmöglich, weil die Gesellschaft der totalen Kontrolle der Kommunistischen Partei ausgeliefert war. Darüber hinaus einte der amerikanische Bombenterror, der großes menschliches Leid und materielle Schäden brachte, Bevölkerung und Regime im Kampf gegen die amerikanischen „Neo-Kolonialisten“.<sup>31</sup>

Der im Wesentlichen auf südvietnamesischem Territorium ausgetragene Krieg hatte gravierende Folgen für die südvietnamesische Gesellschaft. Zwar kam es nach 1963 nicht mehr zu massenhaften Protesten gegen das Regime und seine Kriegspolitik. Die hohen Desertionsraten und die Hinwendung des überwiegenden Teils der ländlichen Bevölkerung zur Nationalen Befreiungsfront verweisen jedoch auf den geringen Bindungsgrad zwischen Regime und Bevölkerung. Nach dem Abzug der Amerikaner und dem Wegbrechen von Arbeitsplätzen und Einkunftsmöglichkeiten blieb nichts übrig, was die südvietnamesische Gesellschaft verband. Der militärische Zusammenbruch im Frühjahr 1975 korrespondierte mit der Implosion staatlicher Strukturen und der Atomisierung der Gesellschaft.<sup>32</sup>

---

<sup>31</sup> Nguyen Khac Vien, *Vietnam. A Long History*, Hanoi 1999, S. 289-340. Der Begriff ist ein politischer Kampfbegriff, der Anfang der 1960er-Jahre vor allem von dem Nationalisten und Pan-Afrikanisten Nkwame Nkrumah geprägt wurde und rasch Eingang in breite Diskussionskontexte fand. Zweifellos weist das amerikanische Auftreten in Südvietsnam Merkmale von Kolonialismus auf. Wesentliche Entscheidungen über das Schicksal der Südvietnamesen wurden von Amerikanern aufgrund externer Interessen getroffen. Allerdings besaßen die südvietnamesischen Klientelregime eine Autonomie, die weit über eine koloniale Herrschaftsbeziehung hinausging. Unter Zugrundelegung der Definitionen von Jürgen Osterhammel, der „Kolonie“ als „ein durch Invasion neu geschaffenes politisches Gebilde“ bezeichnet, „dessen landfremde Herrschaftsträger in dauerhaften Abhängigkeitsbeziehungen zu einem räumlich entfernten imperialen Zentrum stehen, welches exklusive ‚Besitz‘-Ansprüche auf die Kolonie erhebt“, kann für das amerikanische Engagement in Südvietsnam nicht von Kolonie oder Kolonialismus gesprochen werden. Der Begriff „informelles Imperium“ (informal empire) scheint mir angemessener. Siehe Jürgen Osterhammel, *Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen*, 2. Aufl. München 1997, S. 16-26.

In den Vereinigten Staaten wirkte der Krieg bis zum Frühjahr 1968 integrierend. Der Protest gegen die amerikanische Südostasienpolitik entzündete sich vereinzelt zwar schon in den frühen 1960er-Jahren. Die vom Kalten Krieg und einer manichäisch verengten Betrachtung vorstrukturierte Interpretation des Kriegsgeschehens sicherte der Johnson-Regierung jedoch die mehrheitliche Zustimmung der Bevölkerung zum Krieg. Diese korrespondierte mit einer entschiedenen Abneigung gegenüber der Antikriegsbewegung, die zunächst vor allem an den Elite-Universitäten der Ost- und Westküste von sich reden machte.<sup>33</sup> Afro-amerikanische Führer wie Martin Luther King äußerten sich zwar auch seit Mitte der 1960er-Jahre kritisch über das amerikanische Engagement in Indochina. Zunächst ging es dabei jedoch primär darum, dass proportional sehr viel mehr Afro-Amerikaner zum Dienst an der Waffe eingezogen und auch die Verluste bis Ende 1967 relativ gesehen sehr viel höher waren als unter anderen ethnischen und sozialen Gruppen. Eine mehrheitliche Antikriegsstimmung bildete sich schichtenübergreifend erst im Frühjahr 1968, als die Tet-Offensive der Nationalen Befreiungsbewegung die optimistische Rhetorik des Präsidenten Lügen strafte.

Allerdings blieb diese Antikriegsstimmung an spezifische Formen militärischer Auseinandersetzung gebunden. Sie war untrennbar verknüpft mit den Zinksärgen amerikanischer Infanteristen. Denn auch Präsident Nixon konnte sich der mehrheitlichen Zustimmung der amerikanischen Bevölkerung für die Eskalation des Luftkrieges und die Aufrüstung der südvietnamesischen Streitkräfte gewiss sein. Dieses „rallying around the flag“ und der Wunsch nach präsidentieller „leadership“ in Kriegszeiten äußerte sich unbeeindruckt vom Antikriegsprotest im November 1972, als Nixon – der vier Jahre zuvor die Wahlen mit der Ankündigung gewonnen hatte, über einen Plan zum Frieden zu verfügen – mit 61 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis aller republikanischen Präsidentschaftskandidaten der amerikanischen Geschichte einfuhr. Während seiner ersten Amtszeit hatte es Nixon verstanden, den Krieg trotz wachsender Kritik aus dem Kongress weiter zu führen und ihn zugleich aus dem Mittelpunkt der öffentlichen Debatten zu drängen. Denn Vietnamisierung (also die Übertragung der Kriegführung auf die Südvietnamesen und deren Aufrüstung), Abschaffung der Wehrpflicht und eine geschickte Informationspolitik

<sup>32</sup> Während der 1960er-Jahre war die südvietnamesische Gesellschaft ein Laboratorium der Sozialwissenschaftler. Historisch sind die Bereiche Krieg und südvietnamesische Gesellschaft noch kaum erforscht. Siehe einführend Frances FitzGerald, *Fire in the Lake. The Vietnamese and the Americans in Vietnam*, New York 1972; Kolko, *Anatomy of a War* (Anm. 1), S. 163-292, S. 386-401, S. 483-499.

<sup>33</sup> Charles DeBenedetti, *An American Ordeal. The Antiwar Movement of the Vietnam War*, Syracuse 1990; Petra Feld, Veteranen an der Heimatfront. Die Veteranenbewegung und der Widerstand gegen den Krieg in Vietnam, in: *Sozial.Geschichte* 19 (2004) H. 2, S. 6-30; Rhodri Jeffreys-Jones, *Peace Now! American Society and the Ending of the Vietnam War*, New Haven 1999; Tom Wells, *The War Within: America's Battle over Vietnam*, Berkeley 1994.

reduzierten den Kreis der unmittelbar vom Krieg betroffenen Amerikanerinnen und Amerikaner gewaltig.<sup>34</sup>

Insofern sollte die Rolle der Medien für das Entstehen und auch das Abebben der Antikriegsstimmung nicht überbewertet werden. Zwar genossen Kriegsberichterstatter wie in keinem Krieg zuvor und danach eine solche Freiheit wie in Vietnam. Journalisten sollten sich davon überzeugen können, dass der im Namen der Freiheit geführte Krieg sinnvoll und erfolgreich war. Gerade das Fernsehen, das den Krieg in Vietnam zum ersten wirklich medial – und seit 1969 auch live – projizierten Krieg machte, lieferte ganz überwiegend selektive Bilder des Krieges: amerikanische Soldaten im Einsatz, Erfolg versprechende Offiziere, die modernen Waffensysteme der Amerikaner, aus sicherer Entfernung gefilmte Luftangriffe.<sup>35</sup> Dass Amerika als Ganzes und der überwiegende Teil der amerikanischen Bevölkerung auch nach dem Krieg kein Bewusstsein für den Vietnam zugefügten Schaden und das Leiden der vietnamesischen Bevölkerung entwickelte, steht damit im Zusammenhang. Die Opfer hatten, von einigen Zeitungen und Wochenmagazinen abgesehen, keine Lobby. Und wer nach den Gesichtern der Feinde sucht, findet in der zeitgenössischen amerikanischen Darstellung und in den vielen Hollywood-Spielfilmen über Vietnam vor allem einen „autistischen Diskurs“.<sup>36</sup>

## 4. Der Indochinakonflikt und die Kriegsgeschichten des 20. Jahrhunderts

Jede gewaltsame Auseinandersetzung folgt ihren eigenen Regeln und entwickelt sich in situativen Kontexten. Das Ende des Zweiten Weltkrieges schuf zwar ein Machtvakuum in Indochina und in weiten Teilen Südostasiens, das sich Nationalisten zunutze machten. Der Konflikt zwischen Kolonisierten und Kolonialmächten begann jedoch weit vor dem Zweiten Weltkrieg, und die großen Dekolonisierungskonflikte in Afrika setzten erst lange nach seinem Ende ein. Allerdings wäre der Indochinakonflikt anders verlaufen, hätte es den Zweiten Weltkrieg nicht gegeben. Er läutete das Ende der europäischen Dominanz über weite Teile der Welt ein, und er ermöglichte es zwei Staaten, Rollen und

---

<sup>34</sup> Larry Berman, *No Peace, No Honor. Nixon, Kissinger, and Betrayal in Vietnam*, New York 2001; Jeffrey Kimball, *Nixon's Vietnam War*, Lawrence 1998, S. 87-337; Melvin Small, *Democracy and Diplomacy. The Impact of Domestic Politics on U.S. Foreign Policy, 1789–1994*, Baltimore 1996, S. 110-140.

<sup>35</sup> Daniel C. Hallin, *The „Uncensored War“: The Media and Vietnam*, New York 1986.

<sup>36</sup> Ich entlehne den Ausdruck von Jürgen Osterhammel, *Die Entzauberung Asiens. Europa und die asiatischen Reiche im 18. Jahrhundert*, München 1998, S. 21. Siehe auch John Hellman, *American Myth and the Legacy of Vietnam*, New York 1986; Andrew Martin, *Receptions of War: Vietnam in American Culture*, Norman 1993; Gerhard Paul, *Bilder des Krieges – Krieg der Bilder. Die Visualisierung des modernen Krieges*, Paderborn 2004, S. 311-344.

Positionen von Weltmächten einzunehmen – den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Beide setzten sich aus machtpolitischen und ideologischen Gründen für ein Ende der Kolonialherrschaft ein – die USA, weil ihre liberal-kapitalistischen Weltordnungsvorstellungen keinen Platz mehr sahen für den Anachronismus von formeller Kontrolle, Protektionismus und national segmentierten Volkswirtschaften; die UdSSR, weil nationale Befreiungsbewegungen die Kräfte des Westens banden und der Kolonialismus wie kein anderer Faktor den Widerspruch zwischen dem westlichen Freiheitspostulat und der Repression außereuropäischer Völker offenbarte.

Für die Indochinakonflikte gelten daher spezifische Zäsuren: das Jahr 1954 und das Jahr 1968. Die Niederlage der Franzosen in Dien Bien Phu machte die begrenzten Möglichkeiten von Kolonialmächten deutlich, ihre Herrschaft mit militärischen Mitteln aufrechtzuerhalten. Wie kein anderes Ereignis der Kriegsgeschichte nach 1945 verdeutlichte es die Unvermeidlichkeit des europäischen Rückzugs aus kolonialen Gebieten. Die Reaktion der Supermächte auf das spätimperialistische Abenteuer der britischen und französischen Regierung in Ägypten im Herbst 1956 – die Suezkrise – war eine wesentliche Konsequenz von Dien Bien Phu. Das Jahr 1968 markiert in mehrerer Hinsicht eine Zäsur. Die Tet-Offensive läutete den langsamen Rückzug der Vereinigten Staaten aus Indochina ein, steigerte das amerikanische Interesse an einer grundlegenden Verbesserung der Beziehungen mit China und bereitete einer neuen Doktrin den Weg (der Nixon-Doktrin), die militärische Interventionen in Südostasien ausschloss. Wie kein anderes Ereignis des zweiten Indochinakonflikts offenbarte die Tet-Offensive die Diskrepanz von amerikanischer taktischer Überlegenheit und strategischer Defensive. Sie verdichtete eine bis heute andauernde militärstrategische Debatte um die Möglichkeiten und Grenzen amerikanischer Interventionen in der „Dritten Welt“ und um den Charakter amerikanischer Außenpolitik insgesamt. Schließlich bildete die Tet-Offensive ein wichtiges Element in der Auseinandersetzung zwischen den Studentenbewegungen in aller Welt mit etablierten Strukturen. Tet fungierte als Symbol nationaler Befreiung sowie als Emblem westlicher Kultur- und Systemkritik.<sup>37</sup>

Die Akteure zogen aus dem Indochinakonflikt je eigene Schlüsse. Frankreich stürzte sich nach dem verlorenen Krieg in einen noch verlustreicheren Konflikt, der wiederum mit nationalem Interesse und internationalem Prestige legitimiert wurde – den Algerienkrieg. Vietnam verstrickte sich verlustreich

---

<sup>37</sup> Jost Dülffer, *The Anti-Vietnam War Movement in West Germany*, in: Christopher Goscha/Marice Vaïsse (Hg.), *La Guerre du Vietnam et L'Europe*, Paris 2003, S. 287-305; Carole Fink/Philipp Gassert/Detlef Junker (Hg.), *1968: The World Transformed*, New York 1998; Ingrid Gilcher-Holtey, *Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA*, München 2001; Wilfried Mausbach, *Indochinakonflikt*, Kurseinheit 3: *Die Rückwirkungen des Indochinakonflikts auf die Gesellschaften des Westens. Vietnam als Katalysator politischer und gesellschaftlicher Umbrüche*, FernUniversität Hagen 2002.

zwischen 1979 und 1991 in den Bürgerkrieg in Kambodscha, weil die Führung in Hanoi nach dem Sieg über Amerika davon ausging, leichtes Spiel mit einer Guerillabewegung zu haben. (Der Einmarsch der Vietnamesen war allerdings eine Reaktion auf eine Aggression der Khmer Rouge, deren nationalistische und größenwahnsinnige Führung von der Errichtung eines modernen Reiches von Angkor träumte und deren Vertreibung ein Segen für das leidgeplagte Land war.) Die Vereinigten Staaten hielten sich bis zum zweiten Golfkrieg mit militärischen Interventionen auffallend zurück. Zu tief saß die Sorge vor dem Zerbröckeln des innenpolitischen Konsenses und die Angst vor einem neuen „quagmire“, vor einem Sumpf. Nicht zuletzt wegen der Erfahrungen in Vietnam zogen sich die Vereinigten Staaten 1982 und 1993 nach anfänglichem Widerstand aus dem Libanon und aus Somalia zurück. Im ersten Golfkrieg (1990/91) und in Haiti (1994) scheuten sie eine längere Militärpräsenz, und im Kosovo (1999) versuchten die Vereinigten Staaten, nur mit dem Einsatz der Luftwaffe ihre Ziele zu erreichen.<sup>38</sup>

Traumatisiert von den Ereignissen des 11. September 2001 und zu Aktionismus gedrängt, schienen die anfänglichen Erfolge im zweiten Irakkrieg zu einem doppelten Sieg der Regierung von George W. Bush zu werden: zu einem Sieg über einen vermeintlich geschlagenen Gegner und zu einem Sieg über die Geschichte. Vergleichbar der Eskalationsphase der Jahre 1964/65 hatte es die oberste Führung von Pentagon und Weißem Haus abgelehnt, über Exit-Strategien, „low intensity warfare“ und neue Staatsbildung nachzudenken. Diesbezügliche Studien mittlerer Ebenen wanderten ins Archiv.<sup>39</sup> Die optimistische Siegesgewissheit war derjenigen von Präsident Johnson und seinen wichtigsten Beratern vergleichbar. Anders aber war die zugrundeliegende Motivation. Zugespitzt formuliert: Damals war es die säkulare Ideologie der Modernisierung, die den Krieg legitimierte; heute ist es die religiös untermauerte Vorstellung vom „Kampf der Kulturen“. So könnte sich der längste Krieg des 20. Jahrhunderts in historischer Perspektive als eine furchtbare, aber letztlich folgenlose Episode erweisen.

PD Dr. Marc Frey, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Zentrum für Niederlande-Studien, Alter Steinweg 6/7, D-48143 Münster, E-Mail: mfrey@uni-muenster.de

---

<sup>38</sup> Max Boot, *The Savage Wars of Peace. Small Wars and the Rise of American Power*, New York 2002, S. 318-335.

<sup>39</sup> Interview mit James S. Corum, Professor of Comparative Military Studies, USAF School of Advanced Airpower Studies at Maxwell Air Force Base, 25.5.2004. Siehe dazu z.B. auch James Dobbins et al., *America's Role in Nation-Building: From Germany to Iraq*, Santa Monica 2003, online unter URL: <<http://www.rand.org/publications/MR/MR1753>>.